

DATEN | FAKTEN | ARGUMENTE

THEMA DER WOCHE

Initiative „Gründerland Deutschland“ – guter Ansatz, der nicht versanden darf

1. Gründungen als Schritt in die unternehmerische Freiheit

■ Deutschland braucht erfolgreiche Existenzgründungen als Basis für Innovation und Wachstum. Die derzeitige Realität: Hinter 6 von 10 Gründungen steht nach IHK-Erfahrungen eher drohende Erwerbslosigkeit als Pioniergeist. Deutschland braucht jedoch ein Klima, in dem eine Unternehmensgründung nicht vornehmlich als Ausweg aus Arbeitslosigkeit, sondern als selbstverständliche Option für das Berufsleben angesehen wird – eine wichtige Voraussetzung für mehr Gründungen auch mit hohem Innovationspotenzial. Um hierzu beizutragen, haben Bundesregierung, DIHK, ZDH und BFB am 25. Januar 2010 die Initiative „Gründerland Deutschland“ gestartet, die aus vier Bausteinen besteht:

2. Gründung als berufliche Option – frühzeitige Vermittlung im Bildungs- system

■ Beispiele erfolgreicher Gründer, regionale Veranstaltungen und die „Gründerwoche Deutschland“ vom 15. bis 21. November 2010 sollen Unternehmensgründung als Chance stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken. Zudem will die Bundesregierung den Fokus darauf richten, dass gescheiterte Gründer nicht stigmatisiert werden, sondern dass ihnen eine „zweite Chance“ eröffnet wird.

3. Gründungen als Motor der strukturellen Erneuerung

■ Initiativen wie „Unternehmergeist in die Schulen“, JUNIOR für Gründungen von Schülern und der Deutsche Gründerpreis für Schüler sollen jungen Menschen eine Unternehmensgründung als berufliche Option näherbringen. Die Unterrichtsmaterialien „Traumberuf Chef“ sollen Lehrerinnen und Lehrer beim Unterricht zum Thema „Unternehmertum“ unterstützen. Der neue Wettbewerb „EXIST-Gründungskultur – die Gründerhochschule“ soll dazu beitragen, an Hochschulen ein gutes Klima für wissenschaftliche Spin-offs zu schaffen.

4. Gründungen als Unternehmensnachfolge im Mittelstand

■ Mit dem „Gründerwettbewerb IKT-innovativ“ sollen Existenzgründungen im IT-Bereich gezielt angesprochen werden. Mit dem High-Tech Gründerfonds II und mit Werbung für das Wirken der Business Angels soll die Beteiligungsfinanzierung innovativer Existenzgründer gestärkt werden.

Fazit:

■ Eine Informationsoffensive „Unternehmensnachfolge“ innerhalb der Initiative „nexxt“, regionale Aktionen sowie ein Wettbewerb für erfolgreiche Unternehmensnachfolgen sollen Gründer auf die Möglichkeit der Übernahme eines bestehenden Betriebes aufmerksam machen.

■ Mit der Verankerung des Themas Gründung im Bildungssystem setzt „Gründerland Deutschland“ an einem sehr wichtigen Hebel für ein gründungsfreundliches Klima an. Denn Schulen und Hochschulen beeinflussen maßgeblich die Gründungsneigung junger Menschen. Damit ist die Initiative eine Chance, mehr erfolgreiche Existenzgründungen zu initiieren. Aus Sicht des DIHK sollten folgende Maßnahmen die Initiative flankieren, um aus Deutschland ein Land erfolgreicher, innovativer Gründer zu machen:

- Bei der Implementierung des Themas „Unternehmensgründung“ im Bildungssystem sollte die Politik insbesondere auch die Länder mit ins Boot holen.
- Durch Bürokratieabbau müssen Gründer und junge Unternehmen entlastet werden. So könnte die Abschaffung des Steuerformulars „Einnahme-Überschussrechnung“ Gründer und kleine Unternehmen von bis zu 300 Mio. Euro Bürokratiekosten entlasten.
- In ihren Startercentern wollen die IHKs bundesweit einen umfassenden Gründerservice anbieten – von der Erstauskunft über den Businessplan-Check bis zur Gewerbeanmeldung. In Hamburg, Rheinland-Pfalz und Bayern ist die die rechtsgültige Gewerbeanzeige in den IHKs bereits möglich. Die anderen Länder sind gefordert, diesen Beispielen zu folgen. Das erspart Gründern das Rennen „von Pontius zu Pilatus“ und beschleunigt den Gründungsvorgang.
- Das Ziel, die Wahrscheinlichkeit einer „zweiten Chance“ für Gründer zu erhöhen, ist richtig. Allerdings sollte die Bundesregierung nicht – wie bislang beabsichtigt – die Frist zur Restschuldbefreiung im Insolvenzfall auf 3 Jahre halbieren. Dies birgt die Gefahr, dass z. B. Banken von Gründern höhere Risikoaufschläge fordern. Besser wäre es, das Insolvenzplanverfahren effektiver zu machen.